

Verantwortliche Redakteure.

Für den politischen Theil: J. Steinbach, i. B., für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach, für den übrigen Theil: J. Schmiedehaus, sämtlich in Posen. Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung Siebenundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei H. Schlegel, Hofmeister, Gr. Gerber- u. Breiterstr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmstraße 8, in Gnesen bei S. Chraplewski, in Weichen bei P. Matkias, in Weichen bei J. Jabsohn u. b. d. Inserat-Annahmestellen von G. L. Daube & Co., Saatenstein & Fogler, Rudolf Hoffe und „Anwaltdank.“

Nr. 710

Sonnabend, 11. Oktober.

1890

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.45 M. für ganz Preussischland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die schlagspaltene Zeittelle ober deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an den übrigen Stellen entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Getreidepreise und Getreidezölle.

Gegenüber den durch die hohen Getreidepreise des letzten und des gegenwärtigen Jahres veranlaßten Bestrebungen, die hohen Getreidezölle herabzumindern, verweist heute die „Nordd. Allg. Ztg.“ auf Ausführungen, welche Unterstaatssekretär v. Marcad auf Grund amtlicher Erhebungen in den „Ergebnissen der preussischen Landwirtschaft in den Jahren 1887 und 1888 veröffentlicht hat. Trotz der Zollerhöhungen von 1885 hätten sich die heimischen Getreidepreise im Jahre 1886 nicht erholen können, weil in Folge reicher Ernten in fast allen Produktionsgebieten ungeheure Getreidemengen auf den europäischen Markt geworfen worden seien und die Preise gedrückt hätten. Das Jahr 1887 hätte von vornherein nur geringe Aussichten auf bessere Preise geboten. Zwar wären von Amerika aus Anstrengungen gemacht worden, den Preis für Weizen zu steigern und diese Anstrengungen seien zeitweise auch von Erfolg begleitet gewesen; aber die durch die amerikanischen Haussiers künstlich gesteigerten Preise hätten sich nicht halten lassen, als sich die Aussichten auf eine abermalige reiche Weizenernte bestätigt hätten. Erst gegen den Schluß des Jahres, als eine abermalige Erhöhung der Getreidezölle in sicherer Aussicht stand, sei eine geringe Aufbesserung der Preise eingetreten. Im Herbst 1887 seien die inländischen Getreidepreise auf einen Stand gesunken, der nur noch vereinzelt einen verlustlosen Getreidebau in Deutschland gestattet habe. Die erst im Jahre 1885 erhöhten Zölle hätten sich als unwirksam erwiesen, die Getreidepreise in Deutschland auf einem auch nur einigermaßen „auskömmlichen“ Stande zu erhalten und die deutsche Landwirtschaft habe sich bereits in einer „Nothlage“ befunden, die von Jahr zu Jahr bedenklicher geworden sei. Um in dieser schweren Krisis der deutschen Landwirtschaft die unumgänglich notwendige Hilfe zu gewähren, seien durch die Zolltarifnovelle vom 21. Dezember 1887 die Getreidezölle bis auf die bestehenden hohen Sätze erhöht worden. Trotz des erhöhten Zollschatzes hätte sich das Jahr 1888 nicht über „Mittelpreise“ erheben können. Die höheren Getreidepreise des folgenden Jahres sind in dieser Darstellung noch nicht in Betracht gezogen. — Die ganze Darstellung geht von einer ganz unhaltbaren Voraussetzung aus, nämlich daß niedrige Getreidepreise ein Unglück seien, daß die deutschen Getreideproduzenten ein Recht auf hohe Getreidepreise haben und daß, wenn der europäische Markt auf natürlichem Wege diese nicht zu schaffen vermögen, der Staat verpflichtet sei, durch hohe Zölle auf künstlichem Wege für das Inland die gewünschten „auskömmlichen“ Preise zu schaffen. Wenn diese Preiserhöhung auf irgend einem wunderbaren Wege durch den Staat erzeugt werden könnte, ohne irgend welchem anderen Reichsbürger dadurch neue Lasten aufzulegen, so würde sich ja darüber reden lassen. Die über den auf dem übrigen europäischen Markt geltenden Satz durch den Zoll erhöhten deutschen Preise müssen aber leider durch die Verbraucher des Getreides des Mehles und Brotes nach Heller und Pfennig bezahlt werden, ja noch mehr; die Konsumenten müssen auch die Zölle für das aus dem Ausland eingeführte Getreide bezahlen, aus deren Erträgen die Landräthe für sich Kreispaläste aufführen lassen und sogar die Zinsen für die von den Importeuren verauslagten Zölle und Kosten der Zollmanipulationen. Danach, ob die Konsumenten des Getreides im Stande sind, die erhöhten Preise zu bezahlen und dadurch die angeblich „nothleidende“ Landwirtschaft bis zu der „Auskömmlichkeit“, welche deren Fürsprecher für „nothwendig“ halten, zu alimentiren, wird gar nicht gefragt. Die Arbeiter, die Handwerker, die kleinen Geschäftsleute, die kleinen Beamten, auf deren Schultern die Last der Kornzölle hauptsächlich ruht, sind aber meistens in noch üblerer Lage, als die Großgrundbesitzer, denen diese Zölle hauptsächlich zu gute kommen. Wenn für die Großgrundbesitzer ein besonderes „Recht“ auf ein nach ihrer Ansicht „auskömmliches“ Einkommen vorhanden ist, das ihnen aus dem Erwerb des Arbeiters, Handwerkers, Kaufmanns und Beamten gewährt werden muß, so ist dies nur eine andere Form des Tributs, den die Ritter einst auf der Landstraße dem Gewerbetreibenden und Handelsmann mit Gewalt abnahmen. Wir wollen Steuern und Zölle zahlen, so weit sie zur Bestreitung der Bedürfnisse des Staates erforderlich sind; aber wir wollen nicht Steuern und Zölle zahlen, wie die neue Branntweinsteuer und die Getreidezölle, deren Erträge zum großen Theil in die Taschen begünstigter Privatpersonen fließen. Solche Steuern und Zölle sind nur eine neue und raffinirtere, darum verfehlteste Auflage der Privilegien des Mittelalters.

Deutschland.

△ Berlin, 9. Oktbr. Wenn man der Rede Crispi's gerecht werden will, dann wird man niemals vergessen dürfen, daß der italienische Staatsmann Rücksichten auf die innerpolitische Lage seines Landes zu nehmen hat, wie sie sich keinem der beiden andern leitenden Staatsmänner des Dreibundes aufdrängen. Crispi kann nicht, wie er vielleicht will. Er muß den Gegnern die Waffen entwenden, indem er dasselbe lobt, was auch diese loben, mit andern Worten, indem er Frankreich und die Franzosen schont. Ist diese Vorbedingung einmal gegeben (und sie ist es mit außerordentlicher und nicht zu befeitigender Wirksamkeit), dann folgt die Art und Weise, wie Crispi sprechen mußte, ganz von selbst. Er durfte sich nicht als Feind Frankreichs hinstellen, und er mußte eingedenk bleiben, daß trotz der vielen materiellen und politischen Gegensätze, die sich während des letzten Jahrzehnts, genau seit der Besitzergreifung von Tunis durch Frankreich, herausgebildet haben, im Untergrunde des italienischen Nationalgefühls starke und unauslöschliche Sympathien für die französische Republik lebendig sind. Wenn die Wähler (denn eine Wahlrede war es ja doch, die Crispi gehalten hat) die Ueberzeugung gewinnen werden, daß das jetzige Kabinet diese Gefühle zu schonen bereit ist, wie es sie bisher geschont hat, dann verlieren die Angriffe der parlamentarischen Gegner Crispi's zum größten Theil den Boden unter den Füßen, und das Bündniß mit Oesterreich-Ungarn muß auch den widerstrebenden Elementen der Bevölkerung als eine Staatsnothwendigkeit gelten, deren Segen nicht geleugnet werden kann. Vom Standpunkt der übrigen Dreibundsmächte aus, namentlich vom österreichischen Standpunkte aus, wäre vielleicht zu wünschen gewesen, daß Crispi seine Vertheidigung der Dreibundspolitik etwas wärmer gehalten und mehr in die Sphäre des sympathischen Gefühls gerückt hätte. Der italienische Staatsmann hat fast allzusehr den nüchternen diplomatischen Geschäftsmann herausgeholt und mit einer Bestimmtheit, die kaum nöthig gewesen wäre, betont, daß eigentlich nur der Zwang der Verhältnisse Italien in den Dreibund geführt hat. Aber auch mit dieser Wendung entschweifnet er seine Feinde. Was könnte ein parlamentarischer Widersacher Crispi wohl erwidern, wenn der leitende Staatsmann ihm mit einem verständnißvollen Augenzwinkern zugesteht, daß die jetzige Bündnißpolitik ja allerdings ihre Mängel habe, daß aber Besseres an ihre Stelle nicht zu setzen sei? Die ungememe Klugheit Crispi's kann in der That nicht übertroffen werden. Man weiß nicht recht, ob seine wahren Gesinnungen in seinen Worten stecken, es kann sein, daß Crispi mit wirklicher Lust und Liebe, mit aufrichtiger und herzlicher Neigung am Dreibunde hängt, und daß er diese Empfindung nur verbirgt, weil ihre Aussprache ihm und seiner Politik schaden würde. Es kann aber auch sein, daß er genau so kühl über den Dreibund und namentlich über die Nothwendigkeit guter Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn denkt, wie er sich jetzt geäußert hat. Eine Untersuchung darüber, welche dieser beiden Grundstimmungen in dem leitenden Staatsmann lebendig ist, kann man sich indessen ersparen, da der Effekt doch derselbe bleibt und bleiben mußte, der er ist. Ja, man kann geradezu sagen: die Dreibundspolitik kann keine glänzendere Rechtfertigung ihrer Nothwendigkeit und ihrer Trefflichkeit finden als die, die darin liegt, daß, selbst ein widerstrebender Staatsmann zu ihr hingezogen wird, weil die Interessen seines Landes auf andere Weise nicht so gut gewahrt werden könnten. Steht es so, dann widerlegt sich von selber der Einwand, der hier verschiedentlich gegen die Crispische Rede dahin erhoben wird, daß Crispi nichts darüber gesagt habe, ob er den Dreibund zu verlängern beabsichtige. Allerdings hat er nicht ausdrücklich gesagt, daß dies seine Absicht sei, aber alle Logik und aller Zwang der politischen Thatfachen müßten aus der Welt verschwinden oder auf den Kopf gestellt sein, wenn man etwas Anderes aus der Florentiner Rede herauslesen wollte, als daß die Dreibundspolitik, deren Heilsamkeit Crispi von den verschiedensten Seiten her konstatirt hat, fortgesetzt werden soll. Die Zusammenkunft des Reichskanzlers mit Herrn Crispi steht binnen kurzem bevor. Glaubt wohl jemand, daß diese Begegnung stattfinden würde, wenn nicht hier wie in Rom der feste Wille bestände, das Bündniß zu erneuern? Nur um die Einzelheiten der Verlängerung des Freundschaftsverhältnisses kann es sich noch handeln, nicht um das Prinzip. Ja, man hat guten Grund, anzunehmen, daß Crispi nicht einmal das Ergebnis der für den November anberaumten Neuwahlen abwarten wird, um Italien und seine Regierung, das Ministerium mag den Namen Crispi oder einen anderen tragen, vor eine vollendete Thatfache zu stellen!

— Ueber die Stellung der Berliner Industrie zu dem neuen amerikanischen Zolltarif meldet der „Korff.“

daß sich in der Kreise der Berliner Textilindustrie eine ruhigere Stimmung zeigt, als bei der sächsischen Industrie. Die Ausfuhr von wollenen Garnen nach den Vereinigten Staaten habe schon seit längerer Zeit abgenommen, so daß die Mac Kinley-Bill einen wesentlichen Eindruck nicht macht. Von Strumpfwaren, welche Berlin fabrizirt, gehen die meisten nach Südamerika, während Nordamerika nur vereinzelt als Käufer dafür auftritt. Dasselbe gelte für Shawls und Tücher. Wollene Plüsch und Krinmer, welche von den Vereinigten Staaten regelmäßig und in großen Mengen von Berlin gekauft werden, bilden eine Spezialität, die trotz wiederholter Versuche anderweitig nicht hergestellt werden können, und die auch ferner von hier bezogen werden dürften. Die Umsätze in Mänteln seien nicht mehr von großer Bedeutung; meistens würden nur bessere Artikel gekauft, deren Konsum in keiner Weise nachlassen werde.

— Zur Ausführung des Arbeiter-Invaliditäts- und Altersversorgungsgesetzes, auf dessen Inkrafttreten mit dem 1. Januar 1891 die Regierung besteht, wird in der nächsten Woche im Reichs-Versicherungsamt eine Konferenz von Verwaltungsbeamten aus Bayern, Baden und den thüringischen Staaten zur Feststellung des Geschäftsganges bei den dortigen Anstalten zusammentreten. Es wird sich dabei um Buchführung, Aufstellung von Formularen und dergleichen mehr handeln.

— Die antisemitische Agitation, wie sie in der letzten Zeit im Großherzogthum Hessen in Szene gesetzt worden war, hatte bekanntlich vielfach zu den widewärtigsten Ausschreitungen geführt. Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Darmstadt gemeldet wird, veröffentlicht jetzt auch das hessische Oberkonsistorium im Amtsblatte ein längeres Ausschreiben an die ihm unterstellte evangelische Geistlichkeit, welches folgende beherzigenswerthe Mahnungen enthält:

Der Kreuzzug gegen die Juden sei, so heißt es in dem Erlasse, mit aller Entschiedenheit als unchristlich zurückzuweisen. Der durch die antisemitische Agitation entsefelte Geist der Anbormäßigkeit und Zuchtlosigkeit, der Begehrlichkeit und des Hasses werden nur zu bald, wenn es sich herausstellt, daß die Versprechungen jener angeblich volksthümlichen Agitatoren unerfüllbar sind, nur Denen zu Gute kommen, die auf die wachsende Unzufriedenheit der breiten Volksmassen ihre Umsturzpläne gegen unser gesammtes Staats- und Kirchenwesen gründen. Nicht die deutschen und christlichen Instinkte, sondern die Triebe des Heides und Hasses werden aus dieser Agitation die kräftigste Nahrung empfangen. Das Konsistorium hält daher die antisemitische Agitation für nicht vereinbar mit den Pflichten des Christen und den Amtspflichten eines Geistlichen. Schließlich werden in dem Schreiben noch Vorschläge gemacht, wie die Geistlichen sich an den Bestrebungen zur Hebung der materiellen Wohlfahrt des Volkes beteiligen sollen.

Hoffen wir, daß diese guten Worte bei Denen, für welche sie bestimmt sind, eine gute Statt finden.

— Nachdem der seitens der ober-schlesischen Montanindustrie anzubringende Beitrag zu den Grunderwerbskosten für die Kanalisierung der oberen Oder entweder bereits baar eingezahlt oder den Anforderungen der Staatsregierung gemäß sichergestellt, die übrigen Interessentenbeiträge auch nahezu vollständig eingezahlt sind, darf die baldige Konstituierung des Baubüreaus für die Kanalisierung erwartet werden.

— Die deutsche Schulverwaltung hat bekanntlich in den Volksschulen des rein deutschen Sprachgebietes Elsaß-Lothringens das Französische beseitigt, das unter der früheren Verwaltung den gesammten Unterricht beherrschte. Eine Ausnahme wurde nur in Mülhausen und einigen anderen Städten mit mehrklassigen Schulen auf besonderen Antrag der betreffenden Gemeindeverwaltungen gemacht. Die Sache hat sich jedoch in keiner Weise bewährt. Bei einer Stundenzahl von 2-3 in der Woche konnten nur verschwindend kleine Erfolge, namentlich im Sprechen des Französischen erzielt werden. Bei dem Mangel an Gelegenheit zur Uebung hatten die Schüler ein paar Jahre nach der Entlassung meist alles wieder vergessen. Außerdem wurde den deutschen Fächern durch das Französische so viel Zeit entzogen, daß die Klassenziele nur unvollkommen zu erreichen waren. Da ferner das Bedürfniß, französisch zu lernen, bei den in Betracht kommenden Bevölkerungsschichten von Jahr zu Jahr mehr zurücktrat, so ist dieser Tage vom Oberschulrath beschlossen worden, künftig das Französische ganz aus den Volksschulen zu beseitigen, und zwar geschieht dies in der Weise, daß die nächste Oetern aus der Mittel- in die Oberklasse übertretenden Schüler keinen französischen Unterricht mehr erhalten. Bei den bereits in der Oberklasse befindlichen Kindern wird das Französische in bisheriger Weise fortgeführt, so daß also die Maßregel in drei Jahren zur Durchführung gelangt sein wird.

Oesterreich-Ungarn.

* Die Frage nach der Zukunft der handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die neuerdings von der deutschen Reichsregierung ernst geprüft wird, hat auch den Budgetauschuß des ungarischen Abgeordnetenhauses beschäftigt. Es wurde an den Handelsminister Barok eine Anfrage gerichtet, ob die Regierungen in Wien und Pest bereits einig über ihre Vorgehen auf handelspolitischem Gebiete seien. Barok erwiderte, bezüglich der Erneuerung der Handelsverträge im nächsten Jahre fanden Verhandlungen statt. Was Ungarn angehe, so halte er unbedeutend an der Meinung fest, daß die Po-

